

## Birgit Homburger sieht die FDP im Bund als Garantie gegen Euro-Bonds

Die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende hofft auf Fortsetzung des Euro-Rettungsschirms – Südwest-FDP will künftig für das Thema Innovation und Forschung werben

Von Herbert Beck und Stefanie Järkel

Stuttgart - Während sich die Regierungschefs der Euroländer um eine Lösung für die instabile Währung bemühen, stimmen die Mitglieder der FDP über den Kurs der Partei beim Euro-Rettungsschirm ab. Der Vorstand macht sich für eine Fortsetzung des jetzigen Rettungsschirmes stark, die innerparteilichen Gegner lehnen eine Verlängerung ab. Stichtag ist Dienstag, 13. Dezember. Birgit Homburger, stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende der FDP im Südwesten zeigt sich im SZ-Gespräch optimistisch, was den Ausgang des Mitgliederentscheides angeht. „Ich bin zuversichtlich, dass der Antrag des Bundesvorstandes eine Mehrheit bekommt. Damit geht es in Richtung Stabilitätsunion und nicht in Richtung Haftungsunion“, sagt Homburger. „Viele Bürgerinnen und Bürger wissen, dass viele Arbeitsplätze in Deutschland am Euro hängen, und dass wir nicht ohne Not die Euro-Zone und die EU, die uns eine wirtschaftliche Stabilität gibt, aufbrechen dürfen“.

Sollte der Mitgliederentscheid allerdings anders ausgehen, hat bereits der Bundesvorsitzende Philipp Rösler auf die Gefahr eines Koalitionsbruchs hingewiesen. Doch Homburger hält sich hier zurück: „Ich rede nicht über ungelegte Eier. Im Übrigen mache ich darauf aufmerksam, dass es im Deutschen Bundestag eine Mehrheit für Euro-Bonds gäbe, wenn es die FDP nicht gäbe.“ Sowohl die SPD als auch die Grünen, als auch die Linken plädierten klar für die Vergemeinschaftung von Schulden, für die Einführung von Euro-Bonds. Die FDP habe das bisher verhindert und habe auch die CDU zu einer klaren Position gebracht.

Doch nicht nur um die Rettung des Euros müssen sich die Bundestagsfraktionen derzeit bemühen. Union und FDP wollen Steuererleichterungen in Höhe von sechs Milliarden Euro durchsetzen. Auf der anderen Seite macht der Bund Schulden in Milliardenhöhe. Homburger verteidigt den Kurs der Regierung: „Erstens haben wir erhebliche Steuermehreinnahmen, zweitens machen wir große Fortschritte in der Konsolidierung des Haushaltes auf Bundesebene.“ Sie sorgten mit strukturellen Maßnahmen dafür, dass dauerhaft eine Nullverschuldung auf Bundesebene erreicht werde. „Allerdings halte ich es auch für notwendig, dass die unteren Einkommensgruppen entlastet werden. Das ist schon allein deshalb notwendig, weil wir die Harz-IV-Sätze für das kommende Jahr erhöht haben und es rechtliche Vorgaben gibt, dann auch die Grundfreibeträge für die Erwerbstätigen zu erhöhen.“

Seit einem halben Jahr sitzen die Liberalen in Baden-Württemberg in der Opposition im Landtag. Auch die deutlich größere CDU-Fraktion kämpft um ihre Rolle – und um Aufmerksamkeit. Wie soll da die kleine FDP bestehen? „Indem wir klar sind in unseren Positionen, indem wir schnell sind in unseren Reaktionen, und indem wir uns über die normale Landtagsarbeit hinaus um Bereiche kümmern, die bei dieser Landesregierung völlig brachliegen.“ Homburger nennt hier den Bereich „Innovation und Forschung“. „Wir sind bisher das Innovationsland Nummer eins. Viele Arbeitsplätze in Baden-Württemberg werden dadurch gehalten, dass wir hier nicht nur viele Patente anmelden, sondern diese Patente auch in Produkte umsetzen.“ Zu dieser Innovationspolitik brauche es vernünftige staatliche Rahmenbedingungen. Dadurch sollten gerade die kleinen und mittleren Betriebe, die die meisten Arbeitnehmer beschäftigten, auch Innovationen generieren und damit ihre Arbeitsplätze sichern können.

Der FDP geht es dabei „in erster Linie darum, die Empfehlungen des Innovationsrats umsetzen und eine Art Wegweiser-System zu organisieren“. Konkret heißt das: Wie kann die richtige Forschungseinrichtung mit dem richtigen Betrieb zusammengebracht werden? „Das ist eine der zentralen Aufgaben“, sagt Birgit Homburger. „Wenn wir die Zukunftsfähigkeit des Landes erhalten wollen, dann müssen wir Innovation und Forschung unterstützen.“

FDP-Landeschefin Homburger ist vorsichtig optimistisch. Foto: dapd

